

Dieser Erlebnisbericht schildert meine rein subjektive Wahrnehmung. Ich will versuchen objektiv zu sein, habe aber keinesfalls den Anspruch protokollarischen Ansprüchen zu genügen. Die Darstellung orientiert sich zwar an der zeitlichen Abfolge, wo es mir hilfreich erscheint, greife ich aber in der Darstellung dem Ablauf vor, um thematisch zusammenhängende Dinge auch so schildern zu können.

Es ist die erste Gemeinderatsitzung des neuen Bürgermeisters Uhlenbruch und es sind viele Gäste anwesend. Leider war es mir nicht möglich Punkt 18h00 im großen Sitzungssaal anwesend zu sein. Meine fünfminütige Verspätung reichte bereits aus, um nicht nur die Bürgerfragestunde zu verpassen, sondern leider auch den Großteil von Top 1. Das hohe Tempo einer straff geführten Sitzung setzte sich auch im weiteren Verlauf fort. Über Teile dieser Sitzung wurde am 11. Dez. auch in der [SZ auf Seite C6](#) berichtet.

Dankenswerterweise teilte mir die Verwaltung aber mit, dass die Satzung zur Bürgerfragestunde sowieso überarbeitet werden muss, im Zuge der Einführung eines Ratsinformationssystems.

Top 1: Niederschrift

Zunächst gibt es Wortmeldungen zur Niederschrift des Protokolls der letzten Sitzung sowie der [Tagesordnung](#). Beides wird anschließend angenommen.

Top 2: Situation der Feuerwehr Besch, Neubau Feuerwehrgerätehaus

Am 26.11. hat sich der Bau- und Umweltausschuß mit diesem Thema beschäftigt und beschlossen, den Ankauf des Grundstückes zunächst zurückzustellen. Der Punkt soll erst aufgerufen werden wenn alle Fakten auf dem Tisch sind. Herr Ollinger von der CDU erwartet dies in den nächsten 2-3 Wochen. Die SPD Fraktion stimmt deshalb zu, diesen Punkt zu vertagen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Bauausschußsitzung am 9.12. ausfallen muss, weil das zuständige Planungsbüro nicht in der Lage ist, die geforderte Aufarbeitung bis dann vorzulegen.

Top 3: Anmeldung zum Förderprogramm ÖPNV (Infrastrukturmaßnahme 2016)

Der Bau- und Umweltausschuß hat vorgeschlagen, den barrierefreien Ausbau aller Bushaltestellen (10-15) im Gemeindegebiet über den Förderzeitraum zu melden. Der Bürgermeister verspricht, eine entsprechende Liste nachzureichen. Der Vorschlag wird angenommen.

Top 4 Anpassung der Realsteuerhebesätze

Der Finanz- und Personalausschuss schlägt folgende Änderungen vor:

Grundsteuer A: 250 vH (unverändert)
Grundsteuer B: 320 vH (Anhebung)
Gewerbsteuersatz: 400 vH (Anhebung)

Herr Ollinger führt aus, dass eine Gebührenrallye droht weil bei der Zuweisung von Landesmitteln ein Landesschnitt der Grundsteuer B angenommen wird. D.h. eine Gemeinde wie Perl, die unter dem Durchschnitt liegt, erhält weniger Mittel als ihr bei einer Berücksichtigung des echten Steueraufkommens zustehen würden. Dieser Schnitt steigt alljährlich durch die Erhöhung der Hebesätze in einzelnen Gemeinden, wodurch auf die anderen Gemeinden ein gewisser Druck entsteht nachzuziehen. Der Bürgermeister wird gebeten überörtlich auf diesen

Misstand hinzuweisen und tätig zu werden. Da sowohl Wasser und Müllgebühren in diesem Jahr unverändert bleiben, erscheint die Anhebung der Grundsteuern vertretbar, zumal Perl nach wie vor weit unter dem Durchschnitt von 356 vH liegt

(siehe auch [Junker-Heinrich Gutachten](#)).

Die SPD-Fraktion stimmt dem, zu auch wenn sie anmerkt, dass eine Steuererhöhung grundsätzlich niemandem gefällt.

Der Vorschlag wird angenommen mit einer Enthaltung.

Top 5: Änderung der Friedhofsgebührensatzung

Bisher wurde der Friedhof durch die Fam. Wiesenhügel gepflegt, die diese Tätigkeit jedoch nicht weiterhin ausüben können. Es wurden verschiedene Angebote eingeholt und bewertet. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass eine Erhöhung der Gebühren unausweichlich ist. Das betrifft nicht die Gebühren der Leichenhallengebühren.

Die CDU Fraktion weist darauf hin, dass Gebühren immer Kostendeckend zu beschließen sind und da die Kosten steigen, hat der Rat kaum eine andere Möglichkeit als zuzustimmen.

Die SPD Fraktion stellt die Frage ob die Gemeinde zukünftig weiterhin diese Leistungen rund um den Friedhof bereitstellen kann und will, auch um die Gebühren zukünftig im Griff zu halten. Sie regt an zu prüfen welche Optionen es gibt um die Gebühren im Rahmen zu halten.

Herr Ollinger weist auf einen alten Beschluss hin, nach der es eine Sondersitzung „Situation Friedhöfe“ geben einberufen werden soll.

Die Erhöhung der Friedhofsgebühren wird angenommen.

Top 6: Verbandsversammlung EVS

Die CDU schlägt vor, den Bürgermeister zu ermächtigen. Die Details dazu wurden offensichtlich vorab dem Rat vorab mitgeteilt und entziehen sich damit dem aufmerksamen Beobachter. Die Abstimmung folgt dem CDU Vorschlag.

Top 7: Interkommunale Zusammenarbeit auf Kreisebene.

Der Bürgermeister der Kreisstadt Merzig, Marcus Hoffeld, schlägt vor ein Gutachten erstellen zu lassen, in welchem Umfang eine Zusammenarbeit möglich wäre. Die Kosten dieses Gutachtens würde die Landesverwaltung tragen.

Die CDU Fraktion weist darauf hin, dass eine derartige Zusammenarbeit im Bereich St. Wendel bereits läuft und dass nach der hiesigen Vorlage auch die Stadt Dillingen über die Kreisgrenzen hinaus mit eingebunden wäre. „Das ist außerordentlich zu begrüßen“.

Die SPD begrüßt das ebenso, will aber abwarten in welchem Umfang sich Effekte ergeben. Es wird sowohl mit zusätzlichen Kosten wie Einspareffekten gerechnet und eine genaue Auflistung dieser gewünscht. Auch wird sowohl eine Beschleunigung von Verwaltungsabläufen erhofft wie auch eine Verlangsamung in anderen Bereichen befürchtet. Um hier eine Abwägung

vornehmen zu können ist eine genaue Kenntnis der einzelnen Aspekte Voraussetzung. Deshalb wird das Gutachten begrüßt, wenn es diesen Detaillierungsgrad erreicht.

Herr Raczek weist darauf hin dass die Vorteile nicht nur auf dem Kostensektor zu suchen seien, sondern auch im kulturellen Bereich (mobile Bühne Merzig) und anderen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Top 8: Gemeindeentwicklungskonzept GeKo

Es gibt ein Dokument mit über 160 Seiten, erstellt von der GIU, welches dem Rat per CD zugesandt wurde. Aufgrund des Umfangs konnte kaum ein Ratsmitglied dieses Dokument ganz lesen.

Die CDU-Fraktion weist auf das Alter dieses Dokumentes hin, so dass nicht mehr alle Zahlen zutreffend sind. Die Dauer der Entstehung (seit 2010) wird beklagt. Ein solches Konzept ist jedoch Voraussetzung dafür, um einige Zuwendungen aus Fördertöpfen erhalten zu können. Mit Blick auf diese finanzielle Bedeutung muss das Konzept überarbeitet werden.

Herr Keren liest exemplarisch einige Stellen vor und verdeutlicht so, dass viele Textstellen auf alle Gemeinden zutreffend sind weil sie viel zu allgemein formuliert sind (Standard Textbausteine?). Auch wird z.B. die CSL (Chemische Werke Saar-Lothringen) erwähnt, die mittlerweile geschlossen ist. Es ist die Rede von „gepflegten Sportplätzen“, z.B. Oberleuken. Weiter sagt er: „Der in Perl ist zwar auch gepflegt, wird aber nicht erwähnt ... weil er weg soll?“ Er stellt die Frage nach den bisher durch diese Arbeit aufgelaufenen Kosten, da es neben einer Erstbeauftragung 2009 ein Ergänzungsangebot für eine Bevölkerungsbeteiligung gab.

Ich gehe davon aus, dass diese Bevölkerungsbeteiligung das ist, was letztlich der Namensgeber für die BI Perl2020 wurde. Die Ergebnisse dieser Beteiligung stehen noch auf deren Website zum [download](#) verfügbar (Rubrik über-uns), ebenso wie die Ergebnisse einer Bürgerbefragung über die Website der Gemeinde Perl.

Herr Ollinger führt noch als Punkt an, dass im vorliegenden Konzept eine Fußgängerbrücke von Besch über die Mosel nach Luxemburg vorgeschlagen wird. Offensichtlich wurde eine frühere Planung von Kernplan verarbeitet.

Herr Schirrah weist darauf hin, dass die Anzahl der Seiten nichts über die Qualität des Inhalts aussagt. Desweiteren regt er an, der GIU schnellstmöglich detaillierte Vorgaben zu machen in welcher Form das Entwicklungskonzept überarbeitet werden soll.

Herr Raczek bittet ebenso darum die Vorlage auf die Substanz hin zu verdichten.

Herr Bach fragt nach dem Vertragsverhältnis zur Firma GIU und bittet darum abzuklären, dass Gelder erst gezahlt werden, wenn auch ein für die Gemeinde nützliches Konzept vorliegt.

Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet mit folgender Zusammensetzung:

CDU: 4	FDP: 1
SPD: 3	Grüne: 1

Die CDU benennt als Mitglieder Frau Alexandra Herzer, Eric Schmohl, Peter Bach und Ernst-Rudolf Ollinger. Die übrigen Parteien melden diese an die Verwaltung.

Top 9: Ausbau der Bahnhöfe und Bahnhaltepunkte in der Gemeinde Perl

Der Verwaltung ist kein z.Zt. nutzbares Förderprogramm bekannt.

Herr Schirrah ergänzt, dass die Verwaltung gebeten wurde an die Deutsche Bahn AG heranzutreten um zu prüfen ob es Standards gäbe und ob die Gemeinde an Ausbauten beteiligt werden soll.

Herr Ollinger weist auf einen Zeitungsartikel hin, wonach der Bundesminister Dobrinth Mittel zugesagt habe. Nach Anfrage in Saarbrücken kam heraus, dass dort kein solches Programm bekannt war. Es geht um die gesamte Moselstrecke und nicht nur um den Bahnhof Perl.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine Anfrage an das Bundesministerium bisher nicht beantwortet worden ist.

Top 10: Neubau des Sportplatzes mit dazugehörigen Anlagen des FC-Perl

Herr Ollinger erinnert daran, dass der GR alle Unterlagen erhalten soll, die in der Verwaltung vorliegen, dies aber bis dato noch nicht geschehen ist.

Herr Schweizer fragt nach dem aktuellen Stand und ob die Angelegenheit überhaupt noch weiter verfolgt wird.

Herr Keren regt an, eine Gesamtaufstellung der laufenden Projekte zu erstellen mit jeweils aktualisierbarem Stand/Zwischenbericht. Er führt weiter aus, dass die Verantwortung für das Projekt Sportplatzneubau an Herrn Ostermann delegiert wurde. Von dort kommen keine neuen Unterlagen, offensichtlich scheint sein Interesse daran gering zu sein.

Der Bürgermeister Uhlenbruch erklärt, dass es bisher keine Bauablaufplanung für den Neubau am Schengen-Lyzeum gibt weil dies von der Situation am Hammelsberg abhängig ist. Dort gibt es Vertragsentwürfe die er gerne mit den Fraktionsvorsitzenden besprechen möchte auch um die Ergebnisse der Informellen Gespräche mit dem Investor zu erläutern. Es gäbe Unterlagen die Sachverhalte anders darstellen als sie bisher vorgetragen wurden. (?)

Herr Ollinger begrüßt dieses Gesprächsangebot, nicht zuletzt um zu klären welche Unterlagen dem gesamten Rat zur Verfügung gestellt werden können und müssen.

Herr Schmitt fragt nach der Existenz eines Vorvertrages und ggfs. dessen Inhalt.

Der Bürgermeister bestätigt die Existenz eines solchen Vorvertrages. Er wurde dem Hausanwalt zur Prüfung vorgelegt. Er führt weiter aus, dass die Prüfung und die Einarbeitung in den gesamten Vorgang sehr zeitaufwändig ist, da es eine Fülle von Korrespondenz über verschiedene Medien (Bief, Fax, e-mail) gibt. Lärmschutz- und Verkehrsgutachten sollen vom Investor noch überarbeitet und ergänzt werden.

Herr Keren stellt fest, dass das Verfahren beim Investor offensichtlich ruht, weil die Überarbeitung der Gutachten so lange dauert. Daraufhin stellt ein Mitglied des GR explizit die Frage ob dem Investor nicht ein Zeitrahmen gesetzt werden soll, nachdem die Gemeinde einen anderen Investor kontaktieren kann, um in der Sache für den FC-Perl voran zu kommen, auch wenn dadurch weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden.

Die Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden sollen binnen 14 Tagen stattfinden.

Top 11: Anfrage zur Nutzung der Sporthalle am Schengen-Lyzeum

Herr Schirrah weist darauf hin, dass dieser Antrag schon vom 25.03. datiert. Es sei nach wie vor ein größerer Bedarf für Sportunterricht vorhanden, als mit der bisherigen Halle abgedeckt werden kann.

Herr Ollinger weist darauf hin, dass im Bau- und Umweltausschuß über die Notwendigkeit keine Einigkeit herrscht. Bei einer Ortsbegehung sei u.a. festgestellt, dass es Mängel gibt die behoben werden sollen wie etwa ein nicht versenkbarer Türgriff. Es wurde aber genauso festgestellt dass im Geräteraum viel Platz verschenkt wurde durch defekte Geräte, die jetzt entsorgt wurden. Somit ist jetzt auch für die neu angeschafften Geräte ausreichend Lagerraum vorhanden.

Desweiteren weist er auf den ordnungsgemäßen Prozess hin, wonach der Schulleiter sich zunächst an den Schulträger (Landkreis) wenden soll. Wenn dann dort der Bedarf geklärt ist, dann kann sich der Kreis an die Gemeinde wenden. Dann kann zwischen Kreis und Gemeinde verhandelt werden wer sich darum kümmert. Tut dies die Gemeinde, dann kann ggfs. auch die Nutzungsgebühr erhöht werden. Dazu muss aber die Landrätin aber auf den Bürgermeister zugehen.

Herr Schirrah führt aus, dass auch die Gemeinde ein Teil des Kreises ist. Wenn die Gemeinde jetzt ein Problem erkennt, warum soll man dann auf jemand anderen warten um dieses Problem anzupacken? Herr Schweizer fragt weiterhin, wie der erhöhte Bedarf ohne zusätzliche Halle durch die Vereine in Perl gedeckt werden soll, der z.Zt. nicht gedeckt werden kann.

Herr Keren erläutert die Bedeutung der Zuständigkeiten (Dienstweg) in einem solchen Prozesses an einem anschaulichen Beispiel: „Wenn der Autobahnmeister in Neunkirchen beim LFS nachfragt weil er glaubt die Anschlussstelle sei schadhaft und dort bekommt er gesagt die ist noch gut, dann käme der nie auf die Idee bei der Gemeinde Perl anzurufen und zu fragen ob die Gemeinde ein Stück Autobahn reparieren wolle.“ Wenn der Schulleiter über seinen Ansprechpartner, den Kreis, nicht weiterkommt, dann sucht er jetzt offensichtlich jemand anderen. Ebenso stellt er den Bedarf der Vereine in Frage, da dieser auf die Schnelle durch eine Internetumfrage kurz vor der entsprechenden Sitzung „herbeizitiert“ wurde.

Herr Raczek bemerkt, dass die aktuelle Halle ein grundsätzliches Strukturproblem hat weil sie zwar von der Feldaufteilung her dreizügig zu bespielen wäre, aber nur Umkleidekabinen für zwei Züge gleichzeitig besitzt. Da das ein altes Problem ist sieht er es in der Gemeinde Perl begründet, ebenso wie das Problem der fehlenden Abtrennung im Bereich der Tribünen.

Die CDU beantragt, den Schuldirektor Herrn Staudt ausdrücklich auf den Kreis als Schulträger zu verweisen.

Dieser Antrag wird angenommen (3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen).

Top 12.1: Aufnahme von Kindern mit Wohnsitz in Frankreich in der Kindertagesstätte Perl

Es besteht das Problem, dass es für diese Kinder keine verbindliche Regelung gibt. Der Bildungsausschuß soll sich damit beschäftigen.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass auch die Grundschule und das Schengen-Lyzeum mit in die Betrachtung durch den Bildungsausschuss einbezogen werden müssen und sollen.

Gegen 19:30 Uhr wird der nichtöffentliche Teil einberufen.